

Stadt Braunschweig

Der Oberbürgermeister

Protokoll

Sitzung des Bauausschusses

Sitzung: Dienstag, 16.01.2018

Ort: Rathaus, Großer Sitzungssaal, Platz der Deutschen Einheit 1, 38100 Braunschweig

Beginn: 15:00 Uhr

Ende: 18:25 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Herr Thorsten Köster - CDU

Mitglieder

Frau Lisa-Marie Jalyschko - B90/GRÜNE

Frau Susanne Hahn - SPD

Vertretung für: Herrn Nils Bader

Frau Annette Johannes - SPD

Herr Uwe Jordan - SPD

Frau Antje Keller - CDU

Herr Detlef Kühn - SPD

Herr Reinhard Manlik - CDU

Herr Peter Rosenbaum - BIBS

Herr Gunnar Scherf - AfD

Herr Udo Sommerfeld - DIE LINKE.

weitere Mitglieder

Herr Christian Bley - Die Fraktion P2

Herr Carsten Lehmann - FDP

sachkundige Bürger

Herr Michael Gröger - AfD

Herr Felix Nordheim - CDU

Herr Maximilian Pohler -

Herr Horst-Dieter Steinert - B90/GRÜNE

Herr Dr. Burkhard Wiegel - Vertreter Vorstand Behindertenbeirat

Herr Dieter Wichmann -

Gäste

Herr Reinhold Lock -

Verwaltung

Herr Heinz-Georg Leuer - Dezernent III
Herr Claus Ruppert - Dezernent II
Herr Henning Sack - Verwaltung
Frau Bianca Winter - Verwaltung
Herr Klaus Benschmidt - Verwaltung
Herr Wilhelm Eckermann - Verwaltung
Herr Thomas Schulze - Verwaltung

Abwesend

Mitglieder

Herr Nils Bader - SPD entschuldigt

sachkundige Bürger

Herr Gerald Gaus - SPD entschuldigt

Frau Nadine Labitzke-Hermann - entschuldigt

Verwaltung

Frau Michaela Springhorn - Verwaltung entschuldigt

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 05.12.2017
- 3 Mitteilungen
- 3.1 Änderung des Niedersächsischen Kommunalabgabengesetzes hier: Bericht zur Einführung von wiederkehrenden Beiträgen .17-05198
- 3.2 Organisationsuntersuchung der Grundstücks- und Gebäudewirtschaft .17-06040
- 3.3 Einstellung der Gebührenzahlung durch Geldkarte am Parkscheinautomaten (PSA) .17-05919
- 3.4 Sanierungsrate Sonderrechnung Stadtenwässerung .18-06581
- 4 Anträge
- 4.1 Änderungsantrag zum TOP "Barrierefreiheit Haupteingang Rathaus-Altbau und Gesundheitsamt" - hier besonders Rathaus-Altbau Antrag der BIBS-Fraktion .17-06036
- 5 Anfragen
- 5.1 Widmung des Friedrich-Kreiß-Weges Anfrage der BIBS-Fraktion .18-06344

5.2 Mündliche Anfragen

Nichtöffentlicher Teil:

- 6 Eröffnung des nichtöffentlichen Teils der Sitzung
- 7 Mitteilungen
- 8 Auftragsvergaben
- 8.1 Auftragsvergabe des Fachbereichs Hochbau und Gebäudemanagement
BBS V, Erweiterungsbau, Kastanienallee 71
Starkstrom und Datentechnik .18-06368
- 8.2 Auftragsvergabe des Fachbereichs Hochbau und Gebäudemanagement
Ersatzneubau Kindertagesstätte Schwedenheim, Hugo-Luther-Str.
60, 38118 Braunschweig
Rohbauarbeiten (Bodenplatte) .18-06421
- 8.3 Auftragsvergabe des Fachbereichs Hochbau und Gebäudemanagement
Zeitvertrag Metallbau- und Stahlbauarbeiten .18-06415
- 8.4 Auftragsvergabe des Fachbereichs Hochbau und Gebäudemanagement
Zeitvertrag Trockenbauarbeiten .18-06416
- 9 Anfragen

Protokoll

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung

Die Ausschuss-Vorsitzende Ratsherr Köster eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Er heißt Ratsherrn Bley willkommen, der von der Fraktion P² anstelle von Ratsherrn Hahn in den Bauausschuss entsandt wird.

Die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit werden festgestellt.

2. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 05.12.2017

Ratsherr Sommerfeld bittet zu TOP 3.1.1, Organisationsuntersuchung der Grundstücks- und Gebäudewirtschaft, um folgende Ergänzung: „Ratsherr Sommerfeld äußert sich kritisch zur geplanten PPP-Abteilung.“

Das Protokoll wird mit dieser Änderung genehmigt.

Beschluss:

Das Protokoll wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

dafür: 10 dagegen: 0 Enthaltung: 1

3. Mitteilungen

3.1. Änderung des Niedersächsischen Kommunalabgabengesetzes 17-05198 hier: Bericht zur Einführung von wiederkehrenden Beiträgen

Stadtbaurat Leuer erläutert die Mitteilung und verdeutlicht, dass die Einführung wiederkehrender Beiträge keine sinnvolle Alternativlösung zu den einmaligen Straßenausbaubeiträgen sei.

Ratsherr Rosenbaum übergibt mehrere schriftliche Fragen an die Verwaltung.

Stadtbaurat Leuer sagt eine Beantwortung außerhalb von Sitzungen bzw. an die Fraktionsgeschäftsstellen zu.

Ratsherr Sommerfeld betont, dass auf keinen Fall eine Verrechnung mit der Grundsteuer erfolgen dürfe, weil dies zu einer Erhöhung der Mieten führe. Auf Anregung von Ratsherrn Sommerfeld sagt Stadtbaurat Leuer zu, Erfahrungswerte anderer Kommunen, die die Neuregelung anwenden, einzuholen. Es sollte hierbei jedoch ein Zeitraum von ein bis zwei Jahren abgewartet werden.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

3.2. Organisationsuntersuchung der Grundstücks- und Gebäudewirtschaft 17-06040

Ratsherr Köster begrüßt zu diesem Top Herrn Stadtrat Ruppert, den Fachbereichsleiter Zentrale Dienste Herrn Sack sowie Herrn Lock von der BSL Managementberatung GmbH.

Stadtrat Ruppert verdeutlicht, dass nunmehr der konkrete Stellenmehrbedarf vorgestellt werden solle. Noch nicht vorgelegt werden könne die Endfassung des Gutachtens. Vorgesehen sei, diese dem Bauausschuss und dem Finanz- und Personalausschuss zur jeweils nächsten Sitzung bekanntzugeben.

Eine Abstimmung zu den Schnittstellen mit den größten Nutzern, den Fachbereichen 40, 51 und 67, sei nunmehr erfolgt. Dies bedeute, dass die Nutzer überwiegend Raumprogramme erstellen und somit ihren Bedarf konkretisieren würden. Hinsichtlich der Aufgabenverteilung zwischen den Fachbereichen 20 und 65 sei Einvernehmen dahingehend erzielt worden, dass die Eigentümerfunktion vom Fachbereich 20 auf den Fachbereich 65 übergehen solle. Die gesamte Zuständigkeit werde nunmehr im Fachbereich 65 gebündelt.

Es sei ein Bedarf von 42,7 zusätzlichen Stellen ermittelt worden. Bei zwei weiteren vorhandenen Stellen werde der KW-Vermerk dauerhaft gestrichen. Es sei vorgesehen, dass zunächst 22,7 Stellen zum Haushalt 2018 geschaffen würden. Da davon auszugehen sei, dass die neuen Stellen im Jahr 2018 nur halbjährig besetzt sein werden, würden im Jahr 2018 zusätzliche Personalkosten in Höhe von rd. 900.000 € anfallen. Ab dem Jahr 2019 sei dann der volle Betrag für diese Stellen von rd. 1,8 Mio. € zu veranschlagen.

Stadtrat Ruppert macht darauf aufmerksam, dass die Akquise von Ingenieurinnen und Ingenieuren, insbesondere aus dem Bereich der technischen Gebäudeausrüstung, sehr schwierig sei.

Herr Lock informiert anhand einer Beamerpräsentation über den Sachstandsbericht der BSL Managementberatung GmbH zur Organisationsuntersuchung. Die Präsentation ist dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Im Rahmen der anschließenden Diskussion fragt Ratsherr Rosenbaum, in welchem Verhältnis die insgesamt 44,7 Stellen zu dem vorhandenen Personal stünden. Herr Lock verweist auf die Seite 14 der Präsentation. Zu den dargestellten 110,5 Ist-Stellen müssten die 44,7 Stellen hinzugerechnet werden.

Auf weitere Frage von Ratsherrn Rosenbaum erläutert Stadtrat Ruppert, dass das neue Organisationsmodell eine konsequente Weiterentwicklung der strategischen Ausrichtung sei. Stadtrat Ruppert macht darauf aufmerksam, dass Braunschweig eine wachsende Stadt sei und ein wesentlich höherer Bedarf an städtischen Einrichtungen wie Schulen, Kindertagesstätten etc. benötigt werde. Auf dieser Bedarfsanalyse sei der Personalbedarf ermittelt worden.

Ratsherr Bley fragt, ob sich der Personalbedarf nur auf Ingenieure mit Master-Abschluss beziehe.

Stadtrat Ruppert antwortet, dass anhand des jeweiligen Aufgabenprofils sowohl Ingenieure mit Masterabschluss als auch mit Bachelorabschluss gesucht würden.

Aus Sicht von Ratsherrn Manlik müsse eine standardisierte Errichtung von Gebäuden inkl. Gebäudeausstattung wie z.B. einheitliche Feuerwehrrhäuser und Kindertagesstätten erfolgen. Dadurch könne der Personalbedarf reduziert werden.

Protokollnotiz: Ratsfrau Johannes verlässt die Sitzung um 16:07 Uhr.

Ratsherr Sommerfeld nimmt Bezug auf die auf Seite 2 der Präsentation dargestellte Stelle 65.12 Strategisches Vertragsmanagement und Vergabe, PPP-Projekte. Die PPP-Projekte seien hier mit 2 Vollzeitäquivalenten ausgewiesen. Ratsherr Sommerfeld fragt nach den Aufgaben dieser Stelle.

Herr Lock erklärt, dass hier das Wissen vorgehalten werden solle, um die mögliche Beschaffungsvariante PPP sachgerecht beurteilen zu können.

Ratsherr Köster bedankt sich bei der Verwaltung, dass mit der Mitteilung eine gelungene Ergänzung zu der Präsentation im Bauausschuss vom 05. Dezember 2017 erfolgt sei. Um die gestiegenen Investitions- und Instandhaltungsmaßnahmen realisieren zu können, sei ein Dreiklang aus den finanziellen Mitteln, dem notwendigen Personal und eine entsprechende Anzahl an ausführenden Firmen erforderlich. Ratsherr Köster macht deutlich, dass dem Fachbereich 65 ein entsprechender zeitlicher Vorlauf eingeräumt werden müsse, um die neue Struktur umzusetzen. Er betont, dass PPP-Projekte alternative Maßnahmen seien, um eine vernünftige Investitions- und Instandhaltungsrate sicherzustellen.

Auf Frage von Ratsherrn Scherf verdeutlicht Herr Lock die Effizienz der Umstrukturierung. Auf Nachfrage von Ratsherrn Scherf erläutert Stadtbaurat Leuer, dass von einer Budgetsteigerung von 40 auf 70 Mio. € auszugehen sei.

Ratsfrau Jalyschko erklärt, dass die Personalaufstockung zum Erhalt und zur Ausweitung der erforderlichen Infrastruktur notwendig sei. Die vorgestellten Maßnahmen seien angemessen und sinnvoll. Ratsfrau Jalyschko geht auf die Seite 9 der Präsentation ein und bittet um eine nähere Erläuterung zu den dargestellten sieben Vollzeitäquivalenten. Herr Lock verdeutlicht, dass sich diese Stellen auf die Abteilungen 65.2 und 65.3 aufteilen würden.

Ratsherr Kühn erklärt, dass der Personalbedarf vorhanden sei. Es sei eine gute Variante, ggf. über eine Fremdvergabe die Eigenbelastung zu steuern.

Ratsherr Rosenbaum geht auf das seinerzeit erfolgte Gutachten der Berliner-Beratungsdienste (BBD) ein, das eine Einsparung und Verschlankeung der Verwaltung sowie eine Privatisierung bewirken sollte. Mit der neuen Organisationsuntersuchung solle nunmehr genau das Gegenteil bewirkt werden.

Ratsherr Lehmann betont, dass aus heutiger Sicht die vorgestellte Personalaufstockung des FB 65 alternativlos sei.

Stadtbaurat Leuer erläutert die Veränderungen des Organigramms, die neben einem gesteigerten Personalbedarf umgesetzt werden sollen. Er geht zunächst auf die neue Abteilung 65.1 Konzeption und Projektentwicklung ein. In der Vergangenheit habe es zwar auch Machbarkeitsstudien und Projektentwicklungen gegeben. Problematisch sei jedoch gewesen, dass hiermit auch die Mitarbeiter betraut waren, die die Maßnahmen parallel planen und umsetzen mussten. Die vielen Fragen, die sich im Vorfeld eines Projektes stellen, sollen zukünftig nicht mehr von den Projektleitern zur Umsetzung der Investitionen, sondern zentral von der Abt. 65.1 geklärt werden. Das Thema Strategie solle somit von den Projektleitern ferngehalten werden. Dadurch könne die Effizienz der weiteren Abteilungen gesteigert werden. Mit den möglichen PPP-Projekten werde das Ziel verfolgt, Bauleistungen sinnvoll und einfach als eine mögliche Beschaffungsvariante an einen Dritten zu vergeben.

Stadtbaurat Leuer geht auch auf die Veränderungen der Abteilungen 65.2 und 65.3 ein. Bisher habe es eine Planungsabteilung, eine Hochbauabteilung sowie eine Abteilung für TGA gegeben. In der zukünftigen Abt. 65.2 Projektmanagement investiv Schulen und in der zukünftigen Abteilung Abt. 65.3 Projektmanagement investiv Sonstige werde es Teams von jeweils 10-12 Mitarbeitern geben, in denen die Aufgaben der Fachabteilungen Planung, Hochbau und TGA zusammengeführt würden. Ein Bauwerk könne somit vollständig von einem Team umgesetzt werden.

Stadtbaurat Leuer erläutert kurz die strukturellen Änderungen der neuen Abteilungen 65.4 und 65.5.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

3.3. Einstellung der Gebühreuzahlung durch Geldkarte am Parkscheinautomaten (PSA)

17-05919

Ratsherr Köster erläutert, dass diese Mitteilung außerhalb von Sitzungen auf seine Intention hin auf die Tagesordnung gesetzt worden sei. Er zeigt sich verwundert, dass am 19. Dezember 2017 im Rat eine neue Gebührenordnung beschlossen worden sei und Anfang Januar 2018 die Mitteilung außerhalb von Sitzungen versandt wurde. Ein Hinweis auf diesen Sachverhalt hätte bereits im Rahmen der Ratssitzung erfolgen können.

Herr Benschmidt erklärt, dass dieses Thema versehentlich nicht für die Beratung im Rahmen der Ratssitzung am 19. Dezember 2017 vorgesehen worden sei. Er betont, dass bisher noch keine Änderungen an den Parkscheinautomaten vorgenommen worden seien und verdeutlicht, dass über die Geldkarte im letzten Jahr lediglich 10.000,- € von insgesamt 2,7 Mio. € eingenommen worden seien. Vielen Banken würden die Geldkartenfunktion mittlerweile auch nicht mehr anbieten.

Ratsherr Manlik begrüßt, dass die Parkscheinautomaten noch nicht umgebaut worden seien. Er erklärt, dass nicht alle Banken die Geldkarte einstellen würden. Von der Verwaltung sollte zeitnah vorgestellt werden, welches Kartensystem zukünftig verwendet werden könnte, in Parkhäusern könne auch mit EC-Karte bzw. Kreditkarte gezahlt werden. Die hierfür anfallenden Umrüstkosten sollten von der Verwaltung dargestellt werden. Er macht deutlich, dass für das Handyparken mit TraviPay nicht unerhebliche Gebühren anfallen können.

Ratsherr Kühn berichtet, dass er die Geldkarte noch nutze. Es solle aber weiterhin mit Bargeld gezahlt werden können. Ratsherr Kühn und Ratsfrau Jalyschko bitten um die Benennung alternativer Bezahlsysteme.

Herr Benschmidt erklärt, dass die Verwaltung die Kosten einer Umrüstung prüfen und diese im Bauausschuss vorstellen werde.

Stadtbaurat Leuer sichert zu, dass die Geldkartenfunktion in den Parkscheinautomaten vorerst erhalten bleibe.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

3.4. Sanierungsrate Sonderrechnung Stadtentwässerung

18-06581

Stadtbaurat Leuer erläutert die Mitteilung.

Ratsherr Sommerfeld macht darauf aufmerksam, dass im Rahmen der Privatisierung der Stadtentwässerung im Jahr 2005 besprochen worden sei, dass die Kanäle über den gesamten Vertragszeitraum bis zum Jahr 2035 nicht älter und schlechter werden sollten. Hierzu sei eine durchschnittliche Sanierungsrate von 1,25% zugesagt worden. Ratsherr Sommerfeld kritisiert, dass die SE|BS die geforderte Sanierungsrate nicht einhalten könne. Er bittet um eine Aussage, wie hoch die Investitionen sein müssten, um tatsächlich das Alter und den Zustand der Kanäle zu halten. Er bemängelt außerdem, dass das mit der Vertragserstellung betraute Beratungsunternehmen KPMG beauftragt werden solle zu überprüfen, wie die seinerzeit festgelegten Sanierungsraten erreicht werden könnten. Dieser Auftrag sollte an ein neutrales Beratungsunternehmen gehen.

Ratsherr Rosenbaum weist darauf hin, dass es nicht ausschlaggebend sei, die Sanierungsrate zwingend einzuhalten. Diese Kosten würden ohnehin über die Gebühren von der SE|BS geltend gemacht. Entscheidend sei vielmehr, den Zustand des Kanalnetzes zu betrachten. Ein im guten Zustand befindlicher Kanal müsse nicht nur deshalb erneuert werden, um die Sanierungsrate einzuhalten.

Auf Frage von Ratsfrau Jalyschko erklärt Stadtbaurat Leuer, dass es in der Mitteilung zu Frage 3 im 3. Absatz nicht „Überschreibung“ sondern „Überschreitung des Planbudgets“ heißen müsse. Ratsfrau Jalyschko fragt, warum ein komplett neues Gutachten erfolgen müsse. Stadtbaurat Leuer antwortet, dass die Analyse der vertraglichen Situation erfolgen solle. Dar-

über hinaus solle der nächste Schritt des Vertragserfüllungsgutachtens umgesetzt werden. Die Gebührenfähigkeit des Vertragserfüllungsgutachtens sei gegeben.

Stadtbaurat Leuer erklärt, dass die tatsächliche Qualität des Kanalnetzes entscheidend sei. Das Hauptziel sei, dass das Kanalnetz im Jahr 2035 mit mindestens gleicher Qualität zurückgegeben werde. Vor diesem Hintergrund müssten die jetzigen Investitionsraten betrachtet und erhöht werden. Diese seien jedoch nur ein Teil der einzelnen Kennwerte des Vertrages, der insgesamt betrachtet werden müsste. Zurzeit bestünden aber keine Indizien, dass es Probleme gäbe.

Protokollnotiz: Rats Herr Manlik verlässt die Sitzung um 17:47 Uhr.

Rats Herr Sommerfeld nimmt Bezug auf die Kennzahlen. Auf Frage von Rats Herrn Sommerfeld teilt Stadtbaurat Leuer mit, dass es voraussichtlich zu einer Erhöhung des Investitionsvolumens komme werde.

Rats Herr Kühn erklärt, dass die bisherige Investitionsrate deutlich zu niedrig sei.

Rats Herr Rosenbaum erklärt, dass der Zustand der Kanäle nicht nur durch die SE|BS, sondern auch von der Stadtverwaltung überprüft werden müsse.

Stadtbaurat Leuer erläutert, dass die SE|BS Vorschläge mache, die dann von den Fachleuten in der Verwaltung begutachtet würden.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

Mündliche Mitteilungen:

Herr Benschmidt berichtet über den Fortschritt der Baumaßnahme Helmstedter Straße. Im Ergebnis werde der vertraglich vereinbarte Zeitplan eingehalten.

4. Anträge

4.1. Änderungsantrag zum TOP "Barrierefreiheit Haupteingang Rathaus-Altbau und Gesundheitsamt" - hier besonders Rathaus-Altbau Antrag der BIBS-Fraktion **17-06036**

Rats Herr Rosenbaum bringt den Antrag der BIBS-Fraktion ein.

Herr Dr. Wiegel berichtet aus der Sicht des Behindertenrates. Die Gegensprechanlagen und Türöffner seien teilweise noch zu hoch angebracht bzw. seien einige Türen noch nicht zu benutzen.

Rats Herr Köster fragt, ob diese Probleme der Verwaltung bekannt seien und bittet um eine Aussage zu den Räumungs- und Evakuierungsplänen.

Herr Eckermann erläutert, dass die Umsetzung der motorischen Türöffner und der Gegensprechanlagen schrittweise erfolge. Es sei zunächst darum gegangen, den Zugang zu den öffentlichkeitswirksamen Bereichen im Rathaus-Altbau sicherzustellen, dies sei erfolgt. Nunmehr würden nachgeordnete Prioritäten schrittweise umgesetzt. Außerdem werde zurzeit die Gegensprechanlage am Eingang zum Rathaus-Altbau geprüft, ggf. müsse diese modernisiert werden.

Hinsichtlich der Räumungs- und Evakuierungspläne weist Herr Eckermann darauf hin, dass im Brandfall die Aufzüge nicht benutzt werden dürften. In diesem Fall müssten sichere Räu-

me aufgesucht werden, um eine nachgeschaltete Rettung vorzunehmen. Dies wäre bei einem Brand im Altbau der Neubau des Rathauses. Alternativ gäbe es für bestimmte Bereiche organisatorische Maßnahmen, um eine Evakuierung von Rollstuhlfahrern bzw. Mobilitätseingeschränkten zu ermöglichen. Dies könne durch Evakuierungsstühle erfolgen, die eine Treppennutzung ermöglichen.

Ratsfrau Jalyschko geht auf Punkt 2b des Antrages ein. Herr Eckermann erklärt, dass durch die eingeschränkten Standardraumflächen im Bereich der Rathausarkaden eine zentrale Anlaufstelle nur schwer umsetzbar sei.

Stadtbaurat Leuer geht auf die finanziellen Auswirkungen des Antrages ein. Auf Frage von Stadtbaurat Leuer bestätigt Ratsherr Rosenbaum, dass zu Punkt 1a) nur die in der Begründung des Antrages genannten ca. 3 fehlenden Türöffner im Obergeschoss des Rathausaltbaus gemeint seien.

Stadtbaurat Leuer erklärt, dass dies voraussichtlich mit den vorhandenen finanziellen Mitteln abgedeckt werden könne. Auch die Ausarbeitung von Räumungs- und Evakuierungsplänen würde die Verwaltung als Auftrag mitnehmen.

Stadtbaurat Leuer nimmt Bezug auf den Änderungsantrag 17-06050 zum TOP "Barrierefreiheit Haupteingang Rathaus-Altbau und Gesundheitsamt", der in der Sitzung des Rates am 19. Dezember 2017 beschlossen worden sei. Er verweist auf die Stellungnahme 17-05485-01 und betont, dass für die beantragte automatische Tür und die Ertüchtigung des zweiten Aufzugs im Gesundheitsamt Kosten von grob geschätzt ca. 200.000 € erforderlich seien. Mittel hierfür seien nicht in den Haushalt 2018 eingestellt und müssten ggf. in den Haushaltsberatungen diskutiert werden. Die im Haushaltsentwurf für 2018/2019 eingestellten 300.000 € würden vollständig für die Planung der Sanierung des Gesamtkomplexes des Gesundheitsamts benötigt.

Beschluss:

1a) Sämtliche Türen der Rathausflure, die noch nicht umgerüstet wurden, werden mit Türtastern und Drehflügelantreibern barrierefrei ausgerüstet.

1b) Alternativ können die Türen auf den Gängen während der Bürozeiten offen gelassen werden, um sie nur nach Bedarf, d. h. zu besonderen Anlässen und ggf. außerhalb der Bürozeiten zu schließen.

2a) Die Verwaltung wird gebeten, Räumungs- und Evakuierungspläne auszuarbeiten, um sicherzustellen, dass über Aufzüge barrierefrei erreichbare Hochgeschosse nicht zur Todesfalle werden.

2b) Alternativ möge die Verwaltung mittelfristig im Rathausbereich eine barrierefreie Anlaufstelle im Erdgeschoss (etwa unter den Rathaus-Arkaden) einrichten, um nicht nur einen barrierefreien Zugang, sondern im Notfall auch ein sicheres Verlassen der öffentlichen Einrichtung zu ermöglichen. Diese Anlaufstelle könnte von allen MitarbeiterInnen der Verwaltung sowie der Politik genutzt werden, um sich mit Menschen mit Beeinträchtigungen zu treffen.

Abstimmungsergebnis:

dafür: 9 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

5. Anfragen

5.1. Widmung des Friedrich-Kreiß-Weges Anfrage der BIBS-Fraktion

18-06344

Der Ausschuss nimmt die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

5.2. Mündliche Anfragen

Protokollnotiz: Ratsherr Sommerfeld verlässt die Sitzung um 18:15 Uhr.

5.2.1

Ratsherr Köster geht auf einen Wasserschaden im Juni 2017 in der Begegnungsstätte Gliersmarode ein.

Herr Eckermann bestätigt, dass die Außenwand im Bereich der Herrentoilette geöffnet worden sei, um Trocknungsmaßnahmen durchzuführen. Diese seien weitestgehend abgeschlossen, aber für die Sanierung seien noch weitere Prüfungen erforderlich. Deshalb werde zurzeit das Behinderten-WC ergänzend als Herren-WC mitgenutzt. Sobald die Ursache der Durchfeuchtung umfassend geklärt worden sei, werde die ursprüngliche Situation wiederhergestellt.

5.2.2

Ratsherr Köster bittet um eine Aussage, warum beim TraviPay keine minutengerechte Abrechnung erfolgen könne. In anderen Städten sei dies möglich.

Herr Benschmidt informiert, dass in der bisher geltenden Parkgebührenordnung lediglich Halbstundentakte geregelt gewesen seien. Mit der erfolgten Satzungsänderung sei dies inzwischen geändert worden, sodass nunmehr eine minutengerechte Abrechnung möglich sei.

5.2.3

Ratsfrau Jalyschko geht auf die Diskussion in der öffentlichen Veranstaltung zum Umbau der Zeppelinstraße ein und bittet um eine Aussage, wie lange die Planung von der Verwaltung verschoben werden solle.

Stadtbaurat Leuer berichtet, dass die Verwaltung die Hinweise und Forderungen der Bürgerinnen und Bürger eingehend prüfen werde. Kurzfristig sei daher keine Beschlussvorlage zu erwarten.

5.2.4

Ratsherr Kühn nimmt Bezug auf eine Fläche im Bereich Siedlerweg/Sandgrubenweg. Die Frage sei, ob dies ein Parkplatz oder ein Fußweg sei. Es wird vereinbart, dass Ratsherr Kühn Fotos an Herrn Benschmidt sendet und die Frage direkt beantwortet wird.